

A N F R A G E von Andreas Daurù (SP, Winterthur) und Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich)

betreffend Missachtung rechtlicher Vorgaben bei Privatisierung der Sitzwachen am Universitätsspital Zürich

Im Februar 2012 wurden die Mitarbeitenden des Sitzwachen-Pools des Universitätsspitals Zürich (USZ) erstmals schriftlich darüber informiert, dass die Spitalleitung bereits im Oktober 2011 die Privatisierung der Aufgabe der Sitzwachen beschlossen hat. Die über 100 Mitarbeitenden im Sitzwachenpool wurden vor dem Entscheid nicht konsultiert, wie dies gemäss Obligationenrecht bei Massenentlassungen vorgeschrieben ist. Für die von der Entlassung Betroffenen wurde auch kein Sozialplan erarbeitet, wie dies das kantonale Personalgesetz verlangt. Und schliesslich übergab das USZ den Auftrag für die Sitzwachen der privaten Firma PHS, ohne diesen auszuschreiben, was gegen die geltenden Submissionsbestimmungen verstösst.

In diesem Zusammenhang stellen wir dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass das USZ bei der Privatisierung der Sitzwachen mehrere rechtliche Vorgaben missachtete, und wie verhält er sich dazu?
2. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die kantonalen wie auch die vom Kanton subventionierten Betriebe die rechtlichen Vorschriften gegenüber dem Personal einhalten?
3. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die kantonalen wie auch die vom Kanton subventionierten Betriebe die rechtlichen Vorgaben bei der Privatisierung von Aufgaben bzw. bei der Vergabe von Aufträgen einhalten?
4. Was unternimmt der Regierungsrat, wenn er feststellt, dass kantonale oder vom Kanton subventionierte Betriebe rechtliche Vorschriften missachten?

Andreas Daurù
Heidi Bucher-Steinegger